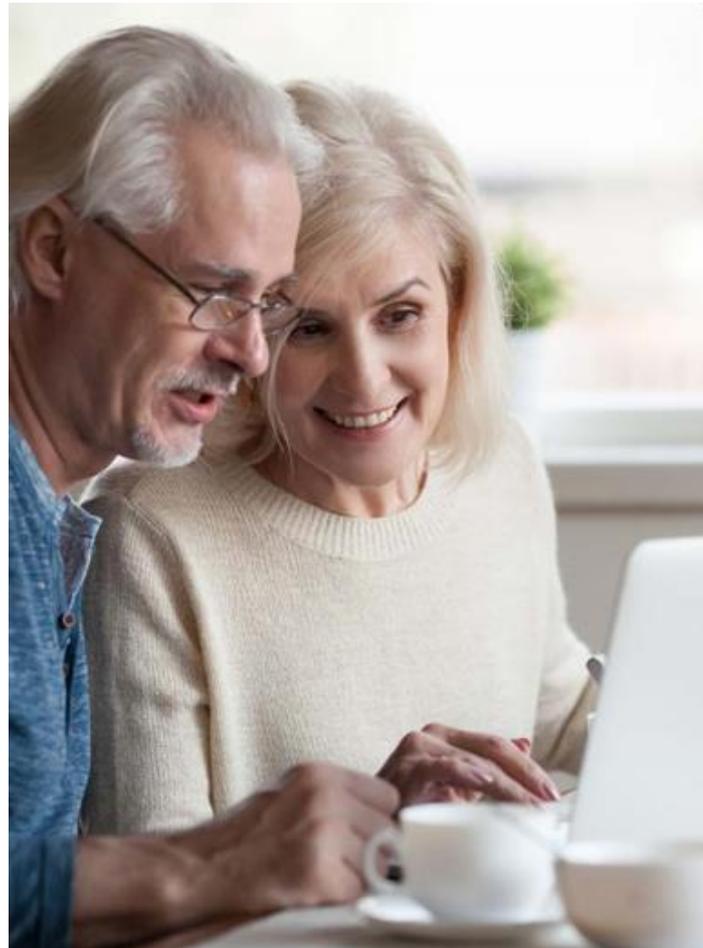


POSITIONSPAPIER MIT DEN VIER WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

AUS DEN ERKENNTNISSEN DER PROJEKTARBEIT
„ARM IM ALTER - REICH AN NETZWERKEN“



BERATUNG FÜR MENSCHEN VOR UND IN DER PENSION

AKTIVLOTS*INNEN
IN KAPFENBERG &
BRUCK/MUR

POSITIONSPAPIER MIT DEN VIER WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

01

**Frauen haben Ansprüche und brauchen Anerkennung
und Wertschätzung für den geleisteten Beitrag an der
Gesellschaft**

02

**Finanzielle Fairness – neue steuerliche Betrachtung der
(Zu-)Verdienstmöglichkeiten**

03

Leistbarer Wohnraum

04

**Erweiterte Beratungsstellen – mit Spezialist*innen für
mehr Selbstbestimmung**

Aktivlots*innen Kapfenberg und Bruck/Mur: Susanna Dellanoi und Anita Oswald

Das Projekt der Aktivlotsinnen wird vom Regionalressort des Landes Steiermark, dem Fond Gesundes Österreich, der Gesundheit Österreich GmbH sowie dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, und den Stadtgemeinden Kapfenberg und Bruck/Mur finanziert.

Kapfenberg, 2021-06-27

1. Frauen haben Ansprüche und brauchen Anerkennung und Wertschätzung für den geleisteten Beitrag an der Gesellschaft

Die ungleiche Verteilung von Pensionen (pension gap) zwischen Männern und Frauen ist nicht nur am equal pension day ein zentrales Thema.

Es ist eine gesellschaftliche Tatsache, dass Frauen weder die adäquate monetäre noch gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung für ihren Beitrag an der Gesellschaft erhalten. Die Armut im Alter ist weiblich. Frauen werden in die Rolle der Almosenempfängerinnen gedrängt, die mit Scham und Abhängigkeit besetzt ist. Hier gilt es einen Paradigmenwechsel zu vollziehen und die Ansprüche von Frauen und das Recht auf ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben in den Mittelpunkt der Handlungen zu stellen.

Ein wesentlicher Schritt wäre auch die stufenweise Verlängerung der Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten bis zum 8.Lebensjahr statt bisher bis zum 4.Lebensjahr des Kindes.

2. Finanzielle Fairness - neue steuerliche Betrachtung der (Zu-)Verdienstmöglichkeiten

Für sogenannte „Mindestpensionist*innen“ ist es praktisch unmöglich, ihr Einkommen mit bezahlten Tätigkeiten zu verbessern. Die Zuverdienstgrenzen werden als sehr intransparent und kompliziert wahrgenommen – hier mangelt es an niederschweligen, einfachen und kostenfreien Beratungsangeboten.

In der Stadt Graz wird seit Jahren mit der Zielgruppe Jugendliche das Programm „Points 4 action“ umgesetzt. Dies wäre eine Möglichkeit, die auch für die ältere Zielgruppe leicht umzusetzen wäre – die Gutscheine könnten Eintritte in Freizeiteinrichtungen der Stadtgemeinde sein, aber auch Lebensmittelgutscheine bzw. andere Einkaufsgutscheine.

Zur Vermeidung der Armut im Alter ist es essentiell, die Zuverdienstgrenzen anzupassen, sodass es für Bezieher*innen geringer Pensionen bzw. der Ausgleichszulage möglich ist, legal das eigene Einkommen zu erhöhen.

3. Leistbarer Wohnraum

Mieterhöhungen werden von älteren armutsbetroffenen Personen als besonders bedrohlich empfunden. Hier kann die Politik mit entsprechenden Unterstützungen einen Ausgleich schaffen, hier sind Senior*innen durchaus neuen Ideen nicht abgeneigt - wie Wohngemeinschaften, geteilter Wohnraum, gemeinsame Heimgärten zur Bewirtschaftung, Car Sharing (sofern gebraucht) oder explizit ausgewiesene Seniorenwohnungen in neuen Wohnbauten. Der Schwerpunkt liegt sicherlich auch hier in dem gesunden Ansatz der so lange wie möglich zu erhaltenden Selbstbestimmung und der Machbarkeit des gelebten Alltages.

4. Beratungsstellen mit niederschweligen Zugängen – mit Spezialist*innen für mehr Selbstbestimmung

Wir haben im Projekt Aktivlots*innen den verstärkten Bedarf an Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema „Inanspruchnahme von Vergünstigungen“ erkannt.

Es braucht bereits für jüngere Frauen mehr Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit. Fragen zu diskutieren wie „Wie geht es weiter mit den Pensionen, worauf können sich Frauen verlassen in der eigenen Lebensplanung und wie können sie finanziell vorsorgen? Auch das derzeit noch in der Familie zu diskutierende Pensionssplitting bringt Frauen oftmals in eine ungleich schwächere Position, so als wären sie „Bittsteller*innen“ in der wünschenswert fairen Aufteilung der „unbezahlten“ Arbeit, die es in der Familie zu leisten gilt.

Dafür braucht es flächendeckend niederschwellige Anlaufstellen. In urbanen Gebieten wie Graz oder Linz funktioniert dies in den jeweiligen Frauenreferaten und einem vielfältigen Angebot an Frauenberatungsstellen bereits sehr gut; im ländlichen Bereich sollten diese Zugänge in den Gemeinden vorhanden sein, da Gemeindeämter im Regelfall die erste Anlaufstelle sind und hier Service-Center für alle Frauenbelange werden können.